



LOVEPARADE

Versprochen – gehalten? Zum dritten Jahrestag des Unglücks schwindet das Vertrauen der Betroffenen in OB Sören Link.
► Seite 3



ÖPNV-KOLLAPS

Überfüllte U-Bahnen, Taktverschlechterungen, die Einstellung ganzer Strecken: Der ÖPNV im Ruhrgebiet ist in der Krise.
► Seite 4/5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

Nach Blitzräumung: Stadt und Polizei in der Kritik

Mit großem Polizeiaufgebot, Räumpanzer und Hundestaffel hat die Stadt die besetzte Hauptschule an der Bärendelle räumen lassen. In der Nacht auf Montag, den 22. Juli hatte eine Gruppe junger Menschen das seit zwei Jahren leerstehende Schulgebäude in Essen-Frohnhausen besetzt und damit begonnen, dort ein selbstverwaltetes Kulturzentrum aufzubauen. Während Anwohner*innen die Belebung ihres Stadtteils begrüßten, hatte sich die Stadtverwaltung bereits am ersten Abend für den Polizeieinsatz entschieden – ohne mit den Besetzer*innen gesprochen zu haben. Diese wollen auch ohne Zentrum weiterkämpfen. Außerdem wird für kommenden Samstag eine Tanzdemo organisiert.



Anstatt einer E-Mail schickte die Stadtverwaltung am vergangenen Mittwoch diesen Räumpanzer in die Bärendelle. (Foto: Daniel Derg)

Unter dem Namen „Plenum Bärendelle“ hatten die Besetzer*innen erklärt, in dem Schulgebäude „einen selbstverwalteten und unkommerziellen Raum“ entstehen zu lassen. Sie gründeten Arbeitskreise, die sich um Gespräche mit Anwohner*innen oder Müllentsorgung kümmerten. Die Antwort der Stadt: Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Polizei mit schwerem Gerät rückte an. Die 37 Personen, die sich während der Räumung im Gebäude befanden, haben sich laut eigenen Angaben ohne Gegenwehr herausgetragen lassen. „Im Prinzip lief alles friedlich ab“, sagte auch Polizeisprecherin Tanja Hagehaken gegenüber dem West Anzeiger.

„Die Objektmanagerin hat mehrfach in die kaputten Fenster gerufen.“

Die Pressestelle der Stadt rechtfertigt den Einsatz mit Sicherheitsbedenken und erklärt, das Plenum habe das direkte Gespräch mit der Stadtverwaltung nicht gesucht. Die stellver-

tretende Pressesprecherin Jeanette Kern erklärte gegenüber dem West Anzeiger, eine Delegation der Stadtverwaltung habe am Montag versucht, Kontakt aufzunehmen. „Wir sind mehrmals um das Gebäude gelaufen. Die Objektmanagerin hat mehrfach in die kaputten Fenster gerufen“, erinnert sie sich.

Jürgen Klute, der für die Linke im Europaparlament sitzt, hatte am Dienstag offenbar weniger Probleme, mit den Besetzer*innen in Kontakt zu treten. Nach der Räumung schrieb er in einem offenen Brief an den Essener Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD): „Mit dem von Ihnen zu verantwortenden Einsatz der Polizeigewalt haben Sie diesen Menschen lediglich auf dumpfe, wenn nicht gar primitive Weise vor Augen geführt, wer in Essen das Sagen hat. Was bleibt, ist das Gefühl, dass es für die Forderungen der an der Besetzung beteiligten jungen Bürgerinnen und Bürger kein Interesse und kein Gehör gibt, und dass ihre Ideen in Essen

keinen Raum finden sollen.“

Viele Anwohner*innen haben entsetzt auf den martialischen Polizeieinsatz reagiert und fordern nun ein Gespräch mit Vertreter*innen der Stadt. Derzeit treffen sie sich immer Abends um 19 Uhr vor der Bärendelle, um Unterschriften zu sammeln und ein Stadteilfest zu organisieren, auf dem am 7. September Spenden für Prozesskosten gesammelt werden sollen. In einem Offenen Brief schreiben sie: „Die Besetzerinnen und Besetzer haben letzten Endes mehr gemacht als die Stadt: Sie haben das Gebäude innen sauber gemacht und es sinnvoll genutzt.“

Kulturbeirat kritisiert Stadtverwaltung

Doch auch innerhalb der städtischen Institutionen gibt es Kritik an der Stadtverwaltung. Markus Kalbitzer, stellvertretender Vorsitzender des Kulturbeirates der Stadt Essen, erklärt: „Aktuell hat die Stadt eine Chance ver- tan, mit Beteiligung von engagierter

Politik, Verwaltung oder Bürgerschaft in einen Dialog über eine sinnvolle Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Schulgebäudes zu entwickeln.“ Der Kulturbeirat appelliert an die Mandatsträger*innen der Stadt, die Strafanträge zurückzunehmen und „die künstlerisch-kulturellen Potenziale nicht weiter abzuweisen“. Außerdem verweist er auf frühere Forderungen des Kulturbeirates, die sich auf „die kreative Umnutzung von Gebäuden, die Bereitstellung von Räumen für bildende und darstellende Künstler, Musiker sowie die Entwicklung von sogenannten Kreativquartieren“ beziehen.

Das Plenum ist tot, es lebe das Plenum!

Trotz der Unterstützung wollen die Aktiven ihre Arbeit nach der Räumung umstrukturieren. Das „Plenum Bärendelle“ gibt es daher nicht mehr. „Wir hatten uns darauf gefreut, das Plenum zunehmend zu erweitern um gemeinsam mit vielen Aktivist*innen, Anwohner*innen, Politik-, Kunst- und Kulturschaffenden ein selbstverwaltetes Zentrum aufzubauen.“ Stattdessen sei das Plenum nun zerschlagen worden, aber „die Scherben des Plenums Bärendelle existieren weiter, geraten in die Hände von Anwohnerinitiativen, wachsenden Netzwerken und sich radikalierenden Gruppen. Die Stadtpolitik wird hier an der einen oder anderen Stelle noch den Spiegel vorgehalten bekommen und sich an der anderen Stelle schneiden.“

Unterstützer*innen der selbstorganisierten Umnutzung der Bärendelle wollen am Samstag noch einmal zum Schulgebäude gehen – oder besser gesagt: tanzen. Für 15 Uhr ist nämlich eine Demonstration geplant, die begleitet von DJs und Live-Musik vom Westbahnhof zur Bärendelle führen soll. [aGro]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT****Vererbung und
Hierarchie**

Auf dem Rückweg von den Feierlichkeiten am Britischen Hof mussten wir einmal wieder lesen, wie manch bürgerlicher Schreiberling über die Monarchie zu denken pflegt. Für den Times-Kolumnisten Philip Collins etwa steht die Monarchie „nur noch für sehr wenig von dem, an das wir glauben. Wir glauben an Leistung, nicht an Vererbung, an Gleichheit und nicht an Hierarchie“, schreibt der Herr Volksverstehrer und erklärt sich selbst zum Maß aller Dinge.

Collins liest die Zeichen der Zeit ähnlich selektiv wie Peer Steinbrück Umfrageergebnisse: Ohne Rücksicht auf Realität wird der narzisstische Glaube an die eigene Macht zum Bedürfnis des Volkes uminterpretiert. Als ob dieses jemals irgendeine noch so verschrobene Begierde gehabt hätte, dem Prinzen William zu seinen überragenden Leistungen in den Bereichen Zeugung und Namensgebung zu gratulieren.

Gott schuf nun einmal keine Welt der Gleichheit, auch schuf er keine, in der Leistungen gerecht belohnt würden. Er platzierte uns in einer hierarchischen Ordnung, die vom Bürger selbstgerecht verdreht wird: Wer unter ihm steht, hat zu wenig geleistet. Wer über ihm steht, profitiert von schändlicher Ungleichheit. Warum aber sollten wir die Leistungen von Tellerwäschern und Kofferträgern kleinreden. Warum ihnen die utopische Möglichkeit des Aufstiegs vors Maul halten, wie dem Esel die Karotte? Uns sind Loyalität und Gehorsam höhere Werte als solcherlei permanente Leistungssteigerung zu verlangen.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Semesterticket: massive Erhöhung?

Gerade an der Pendler-Uni Duisburg-Essen sind viele Studierende auf das Semesterticket angewiesen. Rund 145 Euro Mobilitätsbeitrag werden dafür jedes Semester fällig. Verglichen mit frei verkäuflichen Monatsfahrkarten ist das ziemlich günstig. Grund dafür ist die geballte Verhandlungsmacht der Studierenden: So verhandelt eine gemeinsame Kommission aller ASten im Bereich des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) mit dem Zusammenschluss der Verkehrsunternehmen. Jetzt möchte der VRR die Preise massiv anheben.

Das Semesterticket besteht aktuell aus zwei Teilen, dem VRR-Ticket und dem NRW-Ticket. Derzeit zahlen Studierende rund 106,62 Euro im Semester für das VRR-Ticket, also 17,77 Euro im Monat. Für das NRW-Ticket werden noch einmal rund 44 Euro pro Semester fällig. Nach den Vorstellungen des VRR soll das Verbundticket demnächst um 43 Prozent teurer werden. Das hat der Konzern der Studierendenvertreter*innen in der ersten Verhandlungsrunde eröffnet. Ab 2014 will der VRR pro Studi also über 45 Euro pro Semester mehr.

**Immer mehr Studis fahren
immer längere Strecken**

Als Grund für die Erhöhung der Beiträge gab der stellvertretende VRR-Verwaltungsratsvorsitzende Norbert Czerwinski an, dass bei den Einnahmen aus dem Semesterticket eine Finanzierungslücke von bis zu 50 Prozent bestehe. Diese sei durch zwei Faktoren ausgelöst, erklärte er in der Rheinischen Post: Mehr Studierende legten immer weitere Strecken mit Bus und Bahn zurück. So seien im Vergleich zur Einführung in den 1990er-Jahren statt einem Drittel heute schon die Hälfte der Studis mit dem Semesterticket unterwegs.

Bislang können Studierende mit dem VRR-Ticket zwischen Dinslaken, Bergkamen, Solingen und Mönchengladbach pendeln, und mit dem NRW-Ticket im



Wird das Semesterticket bald teurer? Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr möchte satte 45 Euro aufschlagen. (Foto: mac)

ganzen Bundesland. Außerdem können sie im VRR-Bereich auch kostenlos ein Fahrrad und unter der Woche ab 19 Uhr und ganztägig am Wochenende jeweils eine Person auf ihrem Ticket mitfahren lassen. Schon eine Hin- und Rückfahrt der Preisstufe C, beispielsweise von Dinslaken nach Düsseldorf, kostet mit 21 Euro mehr als das Semesterticket pro Monat.

**145.000 Studierende an den
Vertrags-Universitäten**

Von der vom VRR geforderten Preissteigerung wären nicht nur die Studierenden der Uni Duisburg-Essen betroffen, sondern fast alle Student*innen an Rhein und Ruhr. Allein an den fünf Universitäten lernen rund 145.000 Studierende. Lediglich beurlaubte oder behinderte Studierende sowie Zweit- und Gasthörer*innen müssen das Ticket nicht erwerben. Nur durch diese große Anzahl an Tickets kommen die günstigen Preise zustande. Eine Preissteigerung wäre da für den VRR ein großer Coup.

20 Jahre lang keine Kalkulation

Der AStA der UDE, der momentan gemeinsam mit den anderen Studierendenvertretungen mit dem VRR verhandelt, will sich

der massiven Forderung nicht einfach so beugen. Auf seiner Facebook-Seite erklärte er als Reaktion auf vorherige Presseberichte: „Man muss sich schon wundern, dass der VRR es 20 Jahre lang verpennt seine Kalkulation anzupassen und wir sollen die Suppe jetzt auslöffeln.“ Und weiter: „Dagegen werden wir uns wehren und wir werden dabei natürlich auch auf die Unterstützung von jedem*jeder Einzelnen angewiesen sein.“

Die Preissteigerung könnte, so Vertreter*innen des VRR, ab 2014 Schritt für Schritt durchgeführt werden. Doch noch steht die Erhöhung nicht fest. „Wir wollen momentan noch keine genauen Angaben machen, weil wir noch Gespräche mit dem VRR führen“, sagt der AStA-Vorsitzende Felix Lütke. „Da ist es besser, direkt zu kommunizieren und nicht über die Presse.“ Tatsächlich haben die Studierendenschaften ein nicht zu unterschätzendes Drohpotential. Denn sollten sie den Vertrag mit dem VRR kündigen, würde dem Verkehrsverbund der größte einzelne Finanzposten verloren gehen, mit dem die Verkehrsunternehmen fest kalkulieren können. Eine Entscheidung soll nach den Verhandlungsgesprächen innerhalb der nächsten Wochen fallen. [mac]

Loveparade: „Aussitzen als Strategie“



Die Loveparade vor dem Unglück. Was nach der Aufnahme geschah, beschäftigt immer noch die Ermittlungsbehörden. (Foto: Arne Mueseler/arne-mueseler.de)

In Duisburg wurde in der vergangenen Woche zum dritten Mal der Opfer der Loveparade-Katastrophe gedacht. Oberbürgermeister Sören Link (SPD), den die Massenpanik ins Amt gehievt hat, sprach den Angehörigen sein Beileid aus. Ein Betroffenenverein übt hingegen Kritik an Link und fordert, gemachte Versprechen einzulösen.

Niemand könne wiedergutmachen was geschehen sei, sagt Sören Link vor Angehörigen anlässlich der Gedenkfeier am vergangenen Mittwoch. Er bedankt sich für das „Vertrauen, dass sie mir im letzten Jahr geschenkt und entgegengebracht haben.“ Er hoffe sehr, „dass dieses gegenseitige Vertrauen auch in Zukunft fortbestehen wird.“

Diese Hoffnung wird wohl enttäuscht werden. Der Betroffenenverein „Loveparade Selbsthilfe“ (LS) wirft dem Nachfolger des nach dem Vorfall abgewählten Adolf Sauerland (CDU) Untätigkeit vor. Der Verein erinnert an Versprechungen, die Link am zweiten Jahrestag des Unglücks gemacht hat. Da nämlich hatte er gesagt, er werde „alles tun, um die Aufarbeitung des 24. Juli 2010 zu unterstützen und voranzubringen. Rückhaltlos und transparent.“ Genau das sei nicht passiert, kritisiert der Verein, und zieht Bilanz: „Ein Jahr später hat die Stadtverwaltung nicht ein einziges neues Dokument zur Loveparade-Katastrophe veröffentlicht.“ Kein Mitarbeiter der Stadt Duisburg sei

auch nur versetzt, geschweige denn ein Disziplinarverfahren in Gang gesetzt worden.

Zudem ließe „sich die Stadt Duisburg immer noch von der Kölner AXA, Haftpflichtversicherung des Loveparade – Veranstalters Lopavent, vertreten.“ Dies sei problematisch, da die Loveparade „unterversichert“ gewesen sei. Eine Haftpflichtversicherung sei „daran interessiert, Schadenersatz abzuwehren und klein zu halten.“ Außerdem stütze sich die Stadtverwaltung immer noch auf einen Bericht vom September 2010. Dieser kommt zu dem Ergebnis: „Die Stadt Duisburg hat bei der Planung und Vorbereitung der Loveparade nicht gegen Amtspflichten verstoßen. Die Mitarbeiter haben rechtmäßig gehandelt.“

„Den Worten müssen Taten folgen“

In seiner Rede zum dritten Jahrestag geht Sören Link kaum auf einen dieser Punkte ein. Er inszeniert sich lieber als Kümmerer und Förderer der Gedenkstätte für die Opfer. Nur an einer Stelle wünscht er sich „für alle Beteiligten, dass das lange Warten auf juristische Klarheit endlich seinen Abschluss findet und Gewissheit einkehrt.“ Der Betroffenenverein LS kann darüber nur den Kopf schütteln. Es sei an der Zeit, „dem verbal angekündigten ‚Neuanfang‘ Taten folgen zu lassen.“

Dazu haben sie einen Forderungskatalog mit Vorschlägen für das weitere Vorgehen aufgestellt.

Der erste Punkt bezieht sich auf den erwähnten Bericht zur Loveparade-Katastrophe vom September 2010. Die zur Erstellung dieses Berichtes genutzten Dokumente sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Da der Bericht die Stadtverwaltung von einer Mitschuld freispricht, müsse überprüft werden, „ob diese Dokumente im Vorfeld selektiert wurden oder die groben Lücken und Auslassungen des Berichtes auf die beiden Autoren zurück fallen.“

Gelöschte E-Mails

Die zweite Forderung bezieht sich auf die juristische Aufarbeitung des Vorfalls. „Es wird höchste Zeit erste Schritte zur Aufklärung dienstlicher Vergehen zu leisten.“ Es gebe „den begründeten Verdacht, dass Dezernenten und andere städtische Mitarbeiter Emails zur Loveparade gelöscht haben.“ Das bezieht sich auf Unterlagen der ermittelnden Polizei Köln. Medienrecherchen zufolge zeigen sie deutlich, dass der damalige Oberbürgermeister Adolf Sauerland und große Teile der Stadtspitze ihre Positionen nutzten, um Unterlagen zu vernichten. Konfiszierte Festplatten von Sauerland und vier städtischen Mitarbeitern waren komplett leer.

Die Kriminalpolizei kommt nach Berichten der „Welt“ zu der Einschätzung, dass es „kaum nachvollziehbar“ ist, dass es in der Causa Loveparade keinen E-Mailverkehr gegeben hat.

Das Löschen von E-Mails ist „ein Dienstvergehen und möglicherweise sogar strafbar“, schreibt LS dazu. Da gäbe es jede Menge Aufklärungsarbeit. Als dritte Forderung fordern sie die Stadt auf, ihren Vertrag mit der AXA-Versicherung zu kündigen. Dass in all diesen Fällen die notwendige Aufklärung ausbleibt, widerspreche dem angekündigten „Neuanfang“ mit Sören Link und sei für sie als Betroffene kaum zu ertragen. Ihr Fazit: „Aussitzen als Strategie!“

Das Ende von Sauerland

Das Unglück markierte das Ende der Loveparade, und auch das Ende der Amtszeit Adolf Sauerlands. Dieser tat sich vor allem mit Schuldabwehr und unglücklichen Äußerungen zu einer etwaigen Mitschuld der Teilnehmer*innen hervor. So sagte der CDU-Politiker am Abend des Unglücks auf einer Pressekonferenz: „Soweit wir das Szenario kennen, sind die Toten entstanden, weil man Sicherheitsvorkehrungen überklettert hat und dann abgestürzt ist.“

Link steht nun unter Zugzwang. Bisher erschöpfte sich sein „Neuanfang“ im Schwingen von Sonntagsreden und medial aufgedonnerter Trauerbegleitung. Doch viele Betroffene wollen sich nicht mehr mit mantraartig vorgetragener Schuldabwehr zufrieden geben, die sich auf einen 300.000 Euro teuren Bericht bezieht, der seine Quellen nicht vollständig offenlegt. Es wird schwer für Sören Link, das verspielte Vertrauen wiederherzustellen. [Mnd]

Drohender ÖPNV-Kollaps im Ruhrgebiet

Überfüllte U-Bahnen, Taktverschlechterungen und womöglich die Einstellung ganzer Strecken: Der öffentliche Personennahverkehr im Ruhrgebiet ist in einer Krise. Wenn dringend notwendige Investitionen in die U- und Straßenbahnen nicht getätigt werden, könnte sich die Situation massiv weiter verschlechtern. Der ökologische Umbau der Verkehrslandschaft ist in Gefahr. Doch den klammen Kommunen fehlt das Geld. Die Stadt Mülheim erwägt jetzt sogar, alle Straßenbahnlinien einzustellen. aktuell hat sich die Situation in Essen, Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Bochum angeschaut – und berichtet über Alternativen zu Bus und Bahn.

Im Ruhrgebiet leben fünf Millionen Menschen, es gibt über zwölf Hochschulen - und etwas, in dem sich viele Studierende einig sind: Das Revier benötigt einen besseren Öffentlichen Nahverkehr: In der Umfrage „Zukunftsideen für das Ruhrgebiet“ des Regionalverband Ruhr (RVR) gaben über 25 Prozent aller Teilnehmer*innen Vorschläge zur Verbesserung des ÖPNV ab. Die Antworten sind ein Beleg für die Unzufriedenheit mit der Nahverkehrsinfrastruktur im Ruhrgebiet. Allein nach Essen pendeln täglich mehr als 30.000 Menschen aus den umliegenden Städten.

Wer sich durch den Essener Verkehr bewegt, weiß um die Probleme: verschobene Taktungen, Schienenersatzverkehr, Gleisarbeiten auf den Straßenbahnlinien 106 und 109. Wenn Student*innen zu ihren Prüfungen fahren, müssen sie mit Verspätungen und deutlich längeren Fahrzeiten rechnen. Diese Einschränkungen gibt es nicht nur in Essen, sondern im gesamten Ruhrgebiet: Der Sanierungsstau für U- und Straßenbahnen beläuft sich in NRW auf 1,1 Milliarden Euro, das Ruhrgebiet trifft es aufgrund der teuren U-

Bahnen am stärksten. Wenn die Investitionen nicht getätigt werden, könnten Pendler*innen und Student*innen bald noch länger warten.

Von Duisburg bis Dortmund

In fast allen Städten des Ruhrgebiets gab es in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts – dank Subventionen von bis zu 90 Prozent der Gesamtkosten – einen riesigen Bauschub. Kommunen wie Essen, Mülheim und Duisburg nutzten den geringen Eigenkostenanteil des U-Bahntunnelbaus aus, um den aufkommenden Automassen in der Ruhrmetropole entgegenzuwirken. Heute stehen die finanziell angeschlagenen Städte vor der großen Herausforderung, ihre Straßenbahnnetze zu sanieren.

In Duisburg besteht die Gefahr, dass aufgrund maroder Tunnel die U-Bahn Linie U79 demnächst an der Stadtgrenze hält und nicht mehr bis in die Innenstadt fährt. In Oberhausen, der am stärksten verschuldeten Stadt Deutschlands, hat der Stadtrat bereits Tatsachen geschaffen und den Bus- und Bahntakt ausgedünnt. Damit wird der ÖPNV in Oberhausen



Ruhrgebiet bald ohne Straßenbahnschienen? (Foto: Danke)

unattraktiver, ein drastischer Nutzer*innenrückgang droht.

In Essen hingegen ist vor allem die Infrastruktur veraltet: Alleine die Modernisierung des Hauptbahnhof-Stellwerks würde die Essener Verkehrs-AG (EVAG) 32 Millionen Euro kosten. Im Interview mit der WAZ sagte Essener EVAG-Chef Horst Zierold: „Wenn nicht bald etwas passiert, können wir in den U-Bahn-Tunneln Champignons züchten.“

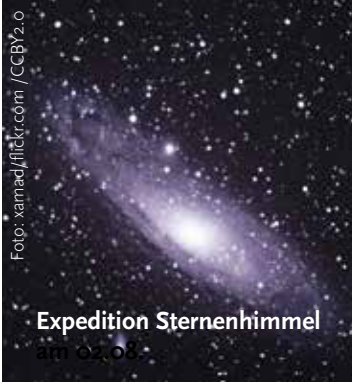
Überfüllte Campus-Bahnen

In Bochum könnte es die Studierenden besonders hart treffen: Die Campuslinie U35, die einzige regelmäßige Verbindung vom

Bochumer Hauptbahnhof zur Universität und zur Hochschule Bochum, ist bereits jetzt ständig überfüllt. Durch den doppelten Abiturjahrgang wird sich die Lage weiter anspannen. Eine weitere Taktverkürzung lehnt die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG ab und eine Erhöhung der Wagenzahl ist aus technischen Gründen nicht möglich. Das Bundesverkehrsministerium schätzt, dass zur Instandsetzung des ÖPNV in den nächsten 15 Jahren jährlich 7,2 Milliarden Euro ausgegeben werden müssen. Finanzierung? Bisher unklar.

Der Mülheimer Stadtrat hat die weitgehenden Pläne: die Still-

TIPPS & TERMINE



DONNERSTAG, 01.08.

Open Mic-Jam

Es wird wieder gefreestylt! Rapbegeisterte Leute aus dem Ruhrpott sind eingeladen, ihr Können am Open Mic zu beweisen. Es können auch eigene Texte vorgelesen werden. Als Live-Act steht diesmal der Bochumer Rapper P. Hightower auf der Bühne.

► Ab 21 Uhr, Evebar, Königsalle 15, Bochum, Eintritt frei.

FREITAG, 02.08.

Expedition Sternenhimmel

Das Bochumer Planetarium lädt zu einer unvergesslichen Astronomie Show. Den Himmel überm Ruhrgebiet in seiner Vielfalt sehen und mehr erfahren über Sternbilder. Mit einer einzigen Projektionstechnik wirkt das Naturschauspiel hautnah.

► 11.30 Uhr, Zeiss-Planetarium Castrop Str. 67 Bochum, Studis: 5 Euro

FREITAG, 02.08.-04.08.

Togetherfest 2013

Der gesamtanzipatorische Festigress (Festival-Kongress) in Düsseldorf: Vorträge und Workshops, Konzerte und Diskussionen unter anderem über Antisemitismus, Queer/Feminismus oder die Gendertheorie. Programm: www.togetherfest.de

► Ab 15 Uhr, FH Golzheim, Düsseldorf

legung des gesamten Schienennetzes zur Deckelung der 30 Millionen Euro Verlust pro Jahr. Der Mülheimer Stadtkämmerer Uwe Bonan hatte vorgeschlagen, den gesamten U- und Straßenbahnverkehr einzustellen und den ÖPNV der Mülheimer Verkehrsgesellschaft (MVG) mit Bussen zu organisieren. Insgesamt behaupten die Befürworter*innen dieser Idee, es würde ein Sparvolumen von über 600 Millionen Euro entstehen – Beweise haben sie keine.

Auch Essen wäre von den Stilllegungen betroffen. Die Kommune hatte bereits für dieses Jahr geplant, die Buslinie 151 einzustellen. Die U18 würde bei einem Straßenbahnausstieg mit allen anderen Bahnen eingestellt. Der Essener Ratsherr Wolfgang Freye von der Linkspartei stellt sich klar gegen einen solchen einseitigen Schritt durch die MVG: „Hierdurch würde der ÖPNV unattraktiver und den Trend zurück zum Auto befördern“. Neu ist die Idee in Mülheim nicht: Bereits der Nahverkehrsplan von CDU und SPD beinhaltet 2012 eine mögliche Bahnstilllegung.

Aufgrund der öffentlichen Empörung hat die Stadt die Pläne zunächst zurückgestellt. Nach den Sommerferien soll es eine „Expertenanhörung“ geben, die die Zukunft der Mülheimer Bahnen ausloten soll. Die Stadtgesellschaft müsse eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft des ÖPNV in Mülheim treffen, so Baudezernent Peter Vermeulen.

Ein weiteres Indiz für die mangelnde Investitionsbereitschaft der Stadt – so fragwürdig

sich das anhört – ist die unlängst getätigte Bestellung von zehn neuen Straßenbahnen. Zunächst wirkt die Entscheidung durch die Ratsmitglieder der SPD, CDU und Grünen wie ein Bekenntnis zum ökologischen Nahverkehr. Doch um die aktuellen Taktungen beizubehalten, hätte die Stadt 19 neue Bahnen bestellen müssen, gibt MVG-Geschäftsführer Klaus-Peter Wandelenus zu bedenken. Der Großteil der aktuellen Bahnen ist 30 Jahre alt.

Angenehmeres Pendeln?

Auch auf den Strecken der Deutschen Bahn (DB) wird es frühestens ab 2016 entspannter. Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen DB, VRR und dem Land sind die neuen Rhein-Ruhr-Express-Strecken beschlossen worden. Ab 2016 sollen im 15-Minutentakt Züge mit bis zu 160 Kilometer die Stunde zwischen Dortmund und Köln verkehren. Für Student*innen könnte das eine deutlich angenehmere Pendelmöglichkeit darstellen. Die neuen Strecken und Züge sollen die bisherigen Regionalbahnen ersetzen.

Auto, Fahrrad oder Bahn?

Welche Alternativen gibt es zu Bus und Bahn? Wenn es nach dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesverkehrswegeplan geht, ist es vor allem das Auto. Werner Reh, Verkehrsexperte des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) warnt in einem Interview mit dem Portal NGO vor den Folgen: „Viel zu viele und überdimensionierte

Projekte“ würde der Plan vorsehen. Vor allem die Autolobby treibe den Bau von Autobahnen und Ortsumgehungen voran: „Wenn bundesweit 850 Ortsumgehungen im vordringlichen Bedarf stehen, von denen die meisten die Ortsdurchfahrten kaum entlasten. Dahinter steht die Lobbyarbeit“. Auch der Ausbau der A40 sei in diesem Zusammenhang wenig nützlich: „Die Staus entstehen im Umfeld von Städten und Agglomerationen“, daher bringe eine Spurerweiterung auch keine größere Feinstaubentlastung.

Eine echte Alternative für Student*innen könnte der erste Radschnellweg Deutschlands werden. Von Hamm bis Duis-

burg soll die 85 Kilometer lange Strecke das Ruhrgebiet ab 2015 verbinden. Erste Teilstrecken sind in Essen bereits fertig. Vor allem für Tausende Pendler*innen und Student*innen könnte das Rad eine echte Alternative werden. Die Strecke Mülheim Bahnhof – Universität Duisburg verkürzt sich durch den neuen Weg von aktuell 41 Minuten auf nur noch 16 Minuten Fahrzeit. Ähnliches gilt für die Verbindungen zwischen Dortmund und Bochum, sowie Gelsenkirchen und Essen. Das hundert Millionen Euro teure RVR-Projekt könnte das Fahrrad als Verkehrsmittel im Ruhrgebiet deutlich attraktiver machen – auch und vor allem für Studierende. [DanKe]



Grundgerüst der studentischen Mobilität: S-Bahnen. (Foto: DanKe)

SAMSTAG, 03.08.

Beachvolleyball mit anschließender Party

Die „jungen Freunde Zollverein“ möchten mit einem Beachvolleyballturnier für ihren neuen Verein werben: Sie wollen mehr junge Leute für die Industriekultur begeistern. Ab 22 Uhr wird dann in der Halle 6 gefeiert.

► Ab 12 Uhr, Zeche Zollverein Essen

DIENSTAG, 06.08.

Aufklärung über Polizeigewalt

Mit dem Ziel über Polizeigewalt aufzuklären und eine Debatte über mögliche Maßnahmen dagegen zu unterstützen, laden der Deutsch-Kurdische-Solidaritätsverein und die Linksjugend Solid Essen zu einer Diskussion ein.

► 18.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 58, Essen

FREITAG, 09.08

Retrogott & Hulk Hodn

Nehmen kein Blatt vor den Mund: Mit satirischen Texten sind die beiden Rapkünstler schon längst kein Geheimtipp mehr. Unterstützt werden die beiden an diesem Abend von Mitgliedern des Sichtextot-Labels.

► 20 Uhr, Druckluft Oberhausen, Eintritt: 16 Euro

SAMSTAG, 10.07.

Tanz oder gar nicht

Die Partyreihe des Subversiv Gelsenkirchen bietet wieder Musik für unterschiedliche Geschmäcker: Auf dem first Floor kann zu Techno, Minimal und Elektro getanzt werden und der 2nd Floor bietet Trash Popmusik.

► Ab 22 Uhr, AZ Mülheim, Auerstr. 51, Eintritt: 3 Euro

Serienfinale: Böse, böser, Breaking Bad

Mächtig ist, wer keine Skrupel hat. Vor einem Jahr ließen Produzent Vince Gilligan und sein Team die Zuschauer*innen im wahrsten Sinne des Wortes hängen: Ein enormer Cliffhanger unterbrach die fünfte und letzte Staffel der Methdealer-Crimeserie Breaking Bad – für ganze 11 Monate. Ab dem 11. August gibt es beim US-Kabelsender AMC und im deutschen Pay-TV die letzten acht Folgen der Kultserie zu sehen. In der Community steigt die Spannung auf ein bisher kaum gekanntes Maß. Doch was ist dran an der Serie, die bisher sieben Emmys einheimen konnte, und die der deutsch-französische Kultursender arte für so wertvoll hält, dass er sich die Free-TV-Rechte gesichert hat?



Es geht endlich weiter bei Breaking Bad! Dreharbeiten in Albuquerque, New Mexico, im Vordergrund Bob Odenkirk als krimineller Rechtsverdreher Saul Goodman. (Foto: Irmin Wehmeier/flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Es mag die Faszination des Amoralischen sein, die Breaking Bad bis in die fünfte Staffel getragen hat: Die Wandlung des schüchternen rechtschaffenen Chemielehrers Walter White (Bryan Cranston) zum einflussreichen Crystal-Meth-Koch, der über Leichen geht, wirkt wie eine umgedrehte Saulus-Paulus-Geschichte. Nur sind in Vince Gilligans Erfolgsserie keine höheren Mächte im Spiel, sondern es ist zunächst das desolate US-Gesundheitssystem, das den Lehrer nach einer Lungenkrebsdiagnose dazu bringt, Methamphetamin herzustellen und zu verkaufen. Denn mit dem verdienten Geld will er seine Behandlung bezahlen und für seine Familie vorsorgen.

Und dann ist da die Macht des Möglichen: Mit dem schrittweisen Überwinden aller moralischen Skrupel und dem immer blutigen Umgang mit Gegner*innen und Partner*innen ermächtigt sich der Getriebene seiner selbst, wird vom Objekt zum Subjekt. Seinen biedereren Pontiac Aztek (ein Modell, das bereits mehrmals zum hässlichsten Auto aller Zeiten gewählt wurde) fährt White nur noch zur Tarnung, denn aus dem Drogen-Dilettanten ist eine Größe der hochkriminellen Schattenwirtschaft geworden. Klar, das Geschäft bringt seine eigenen blutigen wie tragikomischen Sachzwänge mit.

Doch immer wieder, wenn alle Leichen weggeräumt und alle Verbrechen vertuscht sind, entscheidet sich Haupt- und Identifikationsfigur Walter White ganz bewusst, nicht aufzuhören, sondern weiter zu machen. Und zwar erst Recht, als es längst keine finanzielle oder soziale Notlage mehr gibt, sondern Walters größtes Problem ist, die vielen hunderttausend Dollar Schwarzgeld weiß zu waschen.

Eine Folge: Drei Millionen Dollar

Seit Dezember wurden nun die letzten acht Folgen der Serie in Albuquerque gedreht. Die 500.000-Einwohner-Stadt im US-Bundesstaat New Mexico ist nicht nur Produktions-, sondern auch Handlungsort der Serie: Dort steht das Haus der Familie White, dort findet sich am Snow Heights Circle die in der Serienhandlung bedeutende Autowaschanlage, und dort wird an Drehtagen das lokale Fast-Food-Restaurant Twisters auf dem Isleta Boulevard zur Hähnchen-Filiale von „Los Pollos Hermanos“ umdekoriert – jener fiktiven KFC-artigen Kette, die der piekfeine High-Level-Drogenboss Gustavo „Gus“ Fring als legale Infrastruktur zur Produktion und Distribution von Chrystal Meth genutzt hat – bis er in der Serie einem Anschlag von Walter White zum Opfer gefallen ist. Authentische Drehorte

mit staubig-hitzigem Wüstencharme, darauf setzt Vince Gilligan. Mit rund drei Millionen Euro pro Episode sind Breaking-Bad-Folgen ungewöhnlich teuer für eine US-Kabelfernsehproduktion.

Bevor Produzent Vince Gilligan Breaking Bad erfand, hatte er sich seine Sporen bei der wohl erfolgreichsten Mystery-Serie aller Zeiten verdient: Seit 1994 arbeitete er als Drehbuchautor für Akte X, im Jahr 2002 wurde er zum geschäftsführenden Produzenten der Serie. Insgesamt war er an 143 Akte-X-Episoden beteiligt. Den beiden Serien gemeinsam sind die sich zum Teil über ganze Staffeln hinweg streckenden Handlungsbögen und die im Vergleich zu poppigen Actionformaten zwischenzeitlich sehr fein gestrickten, langsamen Erzählstrukturen – die dann jedoch plötzlich explodieren, und zwar bei Breaking Bad zuweilen noch deutlich blutiger als bei Akte X.

Mehr Stoff im Netz

Das Produktions- und Marketingteam um Vince Gilligan setzt dabei keineswegs nur auf den klassischen Kanal Fernsehen. Kurze zusätzliche Web-Episoden stehen im Internet bereit, genauso wie ein Podcast. Und das ist nicht alles: Viele in der Serie auftauchende Internetseiten sind unter den dort

genannten Adressen auch in unserer Welt erreichbar: So kann die Spenden-Website savewalterwhite.com, die Walts Sohn in der Serienhandlung aufsetzt, und die sein Vater zum Geldwaschen benutzt, auch von uns tatsächlich angesurft werden. Auch finden sich fiktive private Blogs von Drogenmittler Hank und seiner Frau Marie im Netz. Besonders sehenswert ist bettercallsaul.com, die fiktive kommerzielle Homepage von Saul Goodman, dem schmierigen Rechtsanwalt mit kriminellen Kontakten, der in der Serienhandlung mit trashigen Lokalfernseh-Spots dafür wirbt, mit seiner Hilfe so ziemlich alles und jede*n zu verklagen.

Fortsetzung folgt?

Neuerdings machen Gerüchte die Runde, nach dem endgültigen Ende von Breaking Bad im Oktober könne eine Spin-Off-Serie mit dem Titel „Better Call Saul“ in Produktion gehen, die den umtriebigen Rechtsverdreher Saul Goodman zum Zentrum hat. Dass es entsprechende Bestrebungen gibt, hat Vince Gilligan kürzlich im Interview mit dem Onlinemagazin [The Wrap](http://TheWrap.com) bestätigt. Es gibt also Grund zur Hoffnung für alle Breaking-Bad-Fans, die jetzt allerdings erst einmal dem Serienfinale entgegenfiefern. [rvr]

Eine Woche voller Samstage

Liebhaber*innen von altem Plunder dürfte die Neueröffnung in der Viehoferstraße im Essener Nordviertel gefallen: Das Café Konsumreform, eine Idee des „Unperfekthaus“, bietet neben selbstgemachten Kuchen oder Salaten auch einen Trödelladen an – mit einem ungewöhnlichen Konzept: Hier können alle, die abgelegte Sachen verkaufen möchten, Regale mieten und so an der „Konsumreform“ mitwirken. Durch die uninahe Lage bietet sich das Café auch für Lerngruppen an: Neben dem netten Ambiente gibt es auch freies WLAN.



Für mehr Nachhaltigkeit: Dirk Bussler präsentiert den neuen Trödelshop (Foto: Gerne)

Die Idee, die hinter dem Café Konsumreform steht, ist nicht neu. Immer beliebter werden Flohmärkte jeglicher Art, ob in Internetforen, auf dem Uniparkplatz oder in Trödelgeschäften. Das Neue dieses Cafés ist das Angebot eines Flohmarktes, bei dem man sich nicht die Beine in den Bauch stehen muss. Schon ab fünf Euro pro Woche kann man ein Regal erwerben und dort alte Sachen oder Fehlkäufe unterbringen. Das Café erhält dann für jeden verkauften Artikel 10 Prozent des Verkaufspreises. Auch Hobbykünstler*innen bietet sich so eine Gelegenheit, ihre Werke zu verkaufen. So liegen in den Regalen des Trödelmarktes außer Fotorahmen, DVDs oder Uhren auch selbstgenähte Teddybären oder aus alten Schallplatten geformte Schalen.

Nachhaltigkeit fördern

Für Dirk Bussler, Leiter des Trödelshops ist diese Verwendung von alten Sachen ein Weg heraus aus der „Wegwerfkultur“: „Man spricht zwar allgemein von einem Verbraucher, aber in Wirklichkeit wird nur ganz wenig wirklich verbraucht. Viele Dinge haben aber noch einen Wert.“ Das vierköpfige Team möchte den Menschen einen Anlass geben, Sachen, die sonst nur im Keller herumliegen würden, anderen Menschen zur Verfügung zu stellen. Dass auch alte Dinge noch ihren Wert haben, davon ist Bussler überzeugt:

„Oft ist es so, dass ältere Produkte von einer höheren Wertigkeit sind als neue Dinge, da diese oft billig produziert werden“. Dieses Konzept kommt bei den Menschen in Essen gut an. Schon eine Woche nach der Eröffnung sind viele Regale belegt. Wer überdies Sachen hat, die sich zum Verschenken eignen, dem bietet die Konsumreform die „GiveBox“. Hier findet ein stetiger Wechsel von hereinlegen und herausnehmen statt: „Länger als zwei Tage liegt das Meiste dort nicht drin“ sagt Bussler.

Begeisterte Nutzer*innen

Bisher stößt das Café Konsumreform auf positive Resonanz. Pascal Hesse, Mieter eines Regals, freut sich über die neue Möglichkeit, den „Krempel aus dem Keller“ an andere Leute weitergeben zu können. Die Besonderheit seines Regals: Er bietet die „Schacht-Zeichenballons“ an, die 2010, im Rahmen des Kulturhauptstadtprogrammes angefertigt wurden. Er hofft darauf, dass „der eine oder andere, der bei Ruhr2010 dabei war, vorbeikommt und sich dann einen mitnimmt“.

Sicherheit wird groß geschrieben

Bei allem Alternativ-Charme und Verschenk-Kultur: Angst vor Diebstahl hat Dirk Bussler trotzdem: Daher bietet die Konsumreform Vitrinen an, in die teurere Gegenstände, wie Handys oder

Schmuck eingeschlossen werden können. Des Weiteren gibt es eine elektronische Warensicherung und bald sollen auch Videokameras installiert werden. Ihm sei es wichtig, dass die Mieter der Regale darauf vertrauen können, dass ihre Sachen sicher gelagert werden, sagt Bussler. Durch die Barcodes auf jedem Artikel ist eine Verwechslung der Nutzer*innen, denen das Geld zusteht, ausgeschlossen.

Die Stadt-Mobilität fördern

Ein weiterer ungewöhnlicher Service der Konsumreform ist das Angebot von Elektroscootern, von den Betreiber*innen Einkaufsbummel-Möglichmacher genannt. Die Vermietung von E-Mobilen kommt all denen zu Gute, die aufgrund von Alter oder Krankheit Besorgungen zu Fuß nicht bewältigen können. Außerdem gibt es eine Indoor-Fahrradstation, ein integriertes Tattoo- und Piercingstudio, ein Klavier und sogar eine Dusche, die von den Gästen benutzt werden kann. Selbst für kleine Pannen, sei es ein platter Fahrradreifen oder ein verschwitztes T-Shirt vor einem wichtigen Termin, ist das Café also gerüstet.

Die Konsumreform kann ein Anlass sein, über den eigenen Verbrauch kritisch nachzudenken und vielleicht findet der eine oder die andere dann den Weg zur „GiveBox“. Denn: Schenken macht bekanntlich glücklich. [Gerne]

KURZMELDUNGEN

Erste Konstituierende Sitzung des Stupa

Das neu gewählte Studierendenparlament kam zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Darin wurde der neue Allgemeine Studierendenausschuss (AStA), bestehend aus 9 Vertreter*innen der Grünen Hochschulgruppe und 7 Mitgliedern der Linken Liste.SDS gewählt. Zum Teil wurden die neuen Referent*innen einstimmig ins Amt gewählt. Auch die AStA-Vorsitzenden Felix Lütke und Julia Wenzel wurden mit lediglich einer Enthaltung wiedergewählt. Außerdem legten die Parlamentarier*innen einen ersten Haushaltsentwurf vor. Mitte August wird der AStA dann auf einer Klausurtagung seinen Kurs ausrichten. In Arbeit sind eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Neuaufrichtung des Referates für Sozialpolitik.

NRW finanziell hinter dem Osten

Wirtschaftlich gesehen sind NRW-Städte zunehmend schwach auf der Brust: Laut einer noch unveröffentlichten Studie die der Rheinischen Post vorliegt, liegen viele nordrhein-westfälische Städte in puncto Pro-Kopf-Wirtschaftsstärke und Steuerkraft hinter vergleichbaren Oststädten. „Herne und Oberhausen müssen sich Dessau und Gera geschlagen geben, und Bottrop ist gar so arm wie Stendal“, zitiert die Zeitung einen Autoren der Studie. Anhand des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner verglich die Studie Ost- und Weststädte. Genutzt wurden die Daten des Zensus von 2011. Auch Oberhausen, Solingen, Hamm und Bochum rangieren auf den hintersten Plätzen. Das dürfte vor der Bundestagswahl im Herbst den Unmut über den Solidaritätszuschlag, also Geld, das zu Sanierungszwecken in den Osten fließt, neu befeuern. Die FDP fordert, anders als ihr Koalitionspartner, die Soli-Zahlungen einzustellen.

Nazi-Propaganda zum Abi

Am Duisburger Steinbart-Gymnasium gehen seltsame Dinge vor. Abiturient*innen erzählen von Abi-Geschenken der Schulleitung, die es in sich haben: Sie werfen der Schule die Verbreitung geschichtsklitternder Propaganda vor. In einem offenen Brief wenden sie sich nun, zusammen mit Initiativen, Verbänden und der Linkspartei an die Verantwortlichen.

„Mit Entsetzen mussten wir, die diesjährigen AbiturientInnen des Steinbart-Gymnasiums, feststellen, dass unsere Abiturzeugnisvergabe für rechtsextreme und geschichtsrevisionistische Propaganda missbraucht wurde“, hebt der empörte offene Brief an. Stein des Anstoßes sind Devotionalien, die den ehemaligen Schüler*innen bei der Zeugnisvergabe ausgehändigt wurden. Neben einer „Albertinanel“ sei nämlich noch ein Informationsblatt beigelegt worden, auf dem von deutschen Gebietsansprüchen in Polen und Russland gesprochen wird. Das ist nicht alles: Vor allem das ebenfalls verteilte Buch „Das Steinbart-Gymnasium zu Duisburg 1831 – 1981“ sorgt für Aufregung.

In dem Buch sei unter anderem ‚von der ‚nationalsozialistischen Revolution‘, dem alliierten ‚Terrorangriff vom 13. Mai 1943‘, einem ‚Bekenntnis zum deutschen Osten‘, mit dem Gebiete in Polen und Russland gemeint sind, seitens des Steinbart-Gymnasiums und einer totalen Verdrehung der Realität vom Kriegsende als ‚Katastrophe von 1945‘ samt ‚seinem unglücklichen Ausgang‘ die Rede. Dafür wird kein Wort über jüdische Opfer des Naziterrors an der Schule verloren. Ein Widerstandskämpfer, der Schüler an dem Gymnasium gewesen ist, wird ‚landesverräterisch‘ genannt, seine Verurteilung durch Nazirichter als ‚einwandfrei‘ bezeichnet.



Greifen vielleicht auch nach der Albertinanel: Schulkinder im NS. (Foto: Bundesarchiv, Bild 183-2004-0701-504 / CC-BY-SA)

„Wir fühlen uns daher verpflichtet, auf diesen Skandal aufmerksam zu machen und fordern eine klare Aufklärung“, heißt es in dem offenen Brief, der ebenfalls von antifaschistischen Gruppen, der jüdischen Gemeinde Duisburg und der Linken unterzeichnet wurde. Eine Schule sei ein Ort um junge Menschen zu mündigen Bürger*innen zu erziehen. Der Verweis der Schule, dass es sich um alte Texte handelt, wollen die Abiturient*innen nicht gelten lassen. Die Auflage sei aus dem Jahr 2000. Auch das Argument, es handele sich um ein „zeithistorisches Dokument“ weisen die ehemaligen Schüler*innen von sich: „Mit dieser Begründung (kann) jedwede Propaganda und Literatur verbreitet werden“.

Von der Schule fordern sie eine Distanzierung von dem Buch, sowie eine kritische Überarbeitung. Zudem soll die Geschichte des Gymnasiums im Nationalsozialismus neu aufgearbeitet werden. Die Schulleitung war bis Redaktionsschluss für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. [Mnd]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: David Freydank

Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Jules-Jamal El-Khatib (JJ), Martin Niewendick (Mnd), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe)

Comic: Sebastian Happ

V.i.S.d.P.: Rolf van Raden (rvr)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

	5	6	2				9
				7			
			6		4		2 1
3		9		2		4	
		5	3		7	9	
		8		9		2	5
9	6		4		5		
				1			
	4				2	3	7

HLP! #30: HELMI UND DIE BUNDESWEHR

